

ben. Also Herr Oldenburg vom BIOst in Köln, ein vorzüglicher Sachkenner, der zu diesem Thema vieles publiziert hat. Der zweite wäre dann Herr Gasteyer, sicherlich auch in diesem Kreise schon durch seine Tätigkeit und seine zahlreichen Publikationen auf diesem Gebiete bekannt. Schließlich rechts von mir Herr Bingen, der auch im BIOst tätig ist und seit Jahren als vorzüglicher Sachkenner der polnischen Politik und der deutsch-polnischen Beziehungen sehr bekannt ist. Lieber Herr Oldenburg, bitte schön.

Dipl.-Pol. Fred Oldenburg: Danke schön, Herr Vorsitzender. Ich danke wie alle anderen ebenfalls für die Ehre, hier sprechen zu dürfen. Ich knüpfe an das an, was Professor Schöllgen vorhin schon ausgeführt hat. Der Handlungsspielraum sowjetischer Deutschlandpolitik in der Vereinigungsphase des Jahres 1990 wurde von vier Rahmenbedingungen konstituiert: 1. vom internationalen System; 2. von der sich wandelnden Perzeption dieses Systems durch die sowjetischen Führer; 3. von der Dialektik sowjetischer Innen- und Außenpolitik; 4. vom Zusammenbruch des hierarchischen Verhältnisses zwischen der Hegemonialmacht UdSSR und ihren Satelliten.

Als Faktoren dieser Rahmenbedingungen wirkten: 1. die seit Ende der 70er Jahre nachweisbare Veränderung der Korrelation der Kräfte zugunsten der USA, des Nordatlantischen Vertragssystems und der EG; 2. der politische und wirtschaftliche Niedergang des parteimonopolistischen Sozialismus sowohl in der Sowjetunion und den ostmitteleuropäischen Staaten wie auch in der DDR; 3. die durch Lernprozesse ausgelöste, radikal veränderte Sicht wichtiger sowjetischer Politiker von der Rolle der beiden deutschen Staaten für Sicherheit und Wohlfahrt der UdSSR; 4. der von der liberalen Schule getragene und geprägte Versuch eines Teiles der Moskauer Entscheidungsträger, Realpolitik neu zu definieren und moralische Kategorien in Innen- und Außenpolitik zur Geltung zu bringen, einmal die antistalinistische Revolution, zum anderen das „neue Denken“; 5. die zunehmende Stärke wie auch die kontinuierliche Friedfertigkeit der zivilen Revolutionen in Osteuropa (außer Rumänien), darunter besonders in der DDR; und 6. die Erkenntnis, daß die SED-Herrschaft sich ab November/Dezember 1989 im „freien Fall“ befand.

Zu den seinerzeit durchaus instrumentalisierbaren Faktoren sowjetischer Deutschlandpolitik rechne ich folgende: 1. die anfänglich starke Bindung der UdSSR an die DDR und deren Einbindung in ein originäres Parteien-, Militär- und Wirtschaftsbandnis, dem Warschauer Vertrag und dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe; 2. die militärische Truppenpräsenz von 340.000 sowjetischen Soldaten in der DDR; 3. die Fortgeltung der Vorbehaltsrechte, der Viermächterechte für Deutschland. Alle diese Instrumente standen der Sowjetunion zur Verfügung. Hinzu kam 4. die Adaptation des internationalen Systems an die deutsche Teilung. Die Bipolarität und die in ihr aufgehobene Zweistaatlichkeit Deutschlands wurde aus realpolitischen Motiven, außer in den USA, als Element des „langen Friedens“, um ein Wort von Gaddis zu benutzen, verstanden. Alle diese Instrumente hatten aber offenbar nur eine be-

grenzte Reichweite und wurden im Prozeß der Vereinigung für die sowjetischen Führer obsolet.

Als wesentliche Instrumente wurden im Verlauf des Jahres 1990 eingesetzt: 1. das sowjetische Zustimmungsrecht zu den äußeren Aspekten der Vereinigung, insbesondere vom Friedensvertrag zur einvernehmlichen friedensvertraglichen oder Friedensregelung; 2. die Forderung nach Rücksichtnahme auf die Schwäche der Perestrojka und ihrer Protagonisten. Doch dies geschah natürlich in der Zwei-plus-Vier-Verhandlungsetappe bzw. der finalen Phase sowjetischer Deutschlandpolitik.

Zwischen dem Sturz Honeckers, dem Fall der Mauer im November 1989 und der Ratifizierung der Deutschland betreffenden Verträge im April/Mai 1991 veränderte sich der Handlungsspielraum der Sowjetunion dramatisch. Die Optionen wurden angepaßt, teilweise verändert, überwiegend zurückgenommen: 1. Der Erhalt der Teilung Deutschlands im „gemeinsamen europäischen Haus“ durch Förderung einer DDR-Perestrojka nach dem Sturz Honeckers, Setzen auf eine längere Phase europäischer und deutscher sozialökonomischer Teilung bei Stimulierung der Aufhebung der Trennung im Haus Europa; 2. Stützung der Krenz-Führung und energische Warnung an die Adresse Bonns vor einer Destabilisierung der DDR, dann Anpassung an den Verfall der Prärogative in Berlin, zunehmendes Begreifen der Unfähigkeit der Honecker-Nachfolger; 3. Schüren der Besorgnisse in einigen westeuropäischen Staaten vor einer schnellen Vereinigung Deutschlands, in diesem Zusammenhang der gescheiterte Versuch, die Viermächterechte über Deutschland zu beleben, um den Prozeß der Vereinigung abzubremsen und den Zehn-Punkte-Plan Kohl/Teltschik zu konterkarieren; 4. nachdem dies versagte: Hinnahme der unvermeidlichen Destabilisierung in der DDR, späte Stützung von Konföderationsplänen; 5. nahezu unkonditionierte Zustimmung zur inneren Einheit Deutschlands im Februar 1990; 6. Versuch in den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen, eine längere, ca. fünfjährige Übergangsphase durch Entkoppelung von innerer und äußerer Vereinigung zu legen, die Obergrenze der deutschen Armee auf unter 300.000 Mann zu beschränken und Deutschland zu denuklearisieren; 7. der Versuch, die NATO-Erweiterung auf Ostdeutschland zu verhindern durch eine Vielzahl von Angeboten wie Neutralisierung Deutschlands, französischer Status Deutschlands in der NATO, Doppelmitgliedschaft in beiden Militärallianzen, längere Anwesenheit der alliierten Streitkräfte, Abzug ausländischer Truppen, und schließlich, kompromißfähig, eine Zone verminderter Sicherheit für Ostdeutschland. Und schließlich Akzeptanz des vereinigten Deutschlands in einer gewandelten NATO.

Dabei gab es zugegebenermaßen durchaus schwierige Haltepunkte, die ein Scheitern der äußeren Regelung nicht ausschlossen: a) die Festlegung des Politbüros der KPdSU vom 3. Mai 1990, die sich in den Vorschlägen von Schewardnadse in Bonn am 5. Mai 1990 niederschlug, insbesondere in dem Vorschlag der Entkoppelung von innerer und äußerer Vereinigung; b) das ausführliche, viele Punkte umfassende „Grundprinzipienpapier“ des nach Moskau

am 13. Mai zurückgekehrten stellvertretenden Außenministers Kwizinskij, der früher Botschafter in Bonn war, welches über das Politbüro den Außenminister bei den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen am 22. Juni 1990 in Berlin festlegte. Dazwischen lag die unklare und unterschiedlich interpretierbare Zustimmung Gorbatschows vom 31. Mai in Washington, Deutschland könne seine Bündniszugehörigkeit frei wählen, und ich darf ergänzen, Herr Schöllgen, hier spielte insbesondere das Argument von Bush mit der KSZE-Schlußakte eine ganz wesentliche Rolle. Übrigens ist es interessant, wie stark Schewardnadse und Gorbatschow sich vom Politbüro, von der Dritten Europäischen Abteilung des Außenministeriums und dem ZK-Apparat abgekoppelt hatten und signalisierten, sie würden weiter gehen als in ihren offiziellen Stellungnahmen. Dieses ist ein sehr merkwürdiger Vorgang; ich gehe darauf ausführlich in meinem Langpapier ein, das ich der Kommission zur Verfügung stellen möchte und ihrer Aufmerksamkeit empfehle, insbesondere auf diese sehr merkwürdige Position Schewardnadses, der der Vorreiter war (s. Anlage 1). Dem folgte c) ein überhasteter Rückzug von diesem Zugeständnis von Washington Ende Mai 1990 und eine neue „Obstruktionsphase“, um eine These des ausgezeichneten Buches von Rafael Biermann, das gerade vorgelegt worden ist, zu verwenden.

8. Erst der Pyrrhussieg Gorbatschows – Pyrrhussieg auf dem XXVIII. Parteitag vom 2.-13. Juli, der aber im Grunde genommen die Putschphase seiner Gegner vorbereitete – gab dem Generalsekretär und seinem lädierten Außenminister die Möglichkeit zum autoritären Führungsstil und zum sensationellen Durchbruch von Archyz am 16. Juli 1990.

9. Nach diesem kaum voraussehbaren Kompromiß begann allerdings erneut das Feilschen um wirtschaftliche Zugeständnisse von der deutschen Seite, das bis unmittelbar vor dem 12. September 1990 andauerte. Wenn es schließlich zum für die Deutschen ungewöhnlichen diplomatischen Erfolg kam, dann wohl vor allem, weil das diplomatisch-juristische Denken der Sowjets durch einen deutsch-sowjetischen Nachbarschaftsvertrag und weitere Truppen- und Überleitungsverträge inhaltlich befriedigt wurde und vor allem, weil die Bundesrepublik zu vertretbaren, wenn auch aus sowjetischer Sicht kaum ausreichenden wirtschaftlichen Zugeständnissen bereit war. Die finanziellen Nachforderungen der Sowjets waren der bitteren inneren Not geschuldet. Sie dienten aber auch der Akzeptanz in der sowjetischen politischen Klasse, was mit Blick auf den Ratifizierungsprozess bedeutsam war. In dieser Zeit bereitete sich bereits unübersehbar eine schwere Krise der Perestrojka vor, die in dem Rücktritt des Außenministers Schewardnadse Ende Dezember 1990 ihren Höhepunkt fand. Wenn die Ratifikation der Verträge gelang, dann lag dies zum einen an der Alternativlosigkeit, die, wie ich meine, zu dieser Zeit bestand; zum anderen aber, und dies sollte nicht unterschlagen werden, an der Zurückhaltung und Anpassung des traditionalistischen Flügels unter Falin, Kwizinskij, den Vertretern des KGB und auch der sowjetischen Streitkräfte. Damit deutete sich ein damals durchgehendes Interesse an einer neuen ökonomischen und sicherheitspolitischen Kooperation mit dem vereinten Deutschland an. Und ich darf daran erinnern, daß ein Teil der sowjetischen Elite sich bereits

mit der Niederlage des Kommunismus abgefunden hatte und sich zumindest partiell auf dem Weg in den Kapitalismus befand.

Fragt man nach der Rationalität der sowjetischen Zugeständnisse, so dürfte klar sein, daß angesichts der tektonischen Verschiebungen der Korrelation der Kräfte, des Abstiegs der ehemaligen Supermacht, der schweren Wirtschaftskrise, der zunehmenden nationalen Konflikte in der Sowjetunion, des Zusammenbruchs der DDR und der kommunistischen Herrschaft in Osteuropa sowie der galoppierenden Schwindsucht der Perestrojka Gorbatschow geradezu gezwungenermaßen auf die Bundesrepublik Deutschland, auf die Vereinigung setzen mußte. Die Erfahrung einer der UdSSR und Rußland wohlgesonnenen deutschen Bevölkerung, ich darf an das Erlebnis Gorbatschows vom Juni 1989 in Bonn erinnern, und die Abschwächung der antideutschen Ressentiments bei den Nationen der Sowjetunion, Stichwort Generationswechsel, erleichterten Gorbatschow die persönliche Wende. Das von Brandt und Schmidt, Scheel und Genscher nach 1969 angehäufte Kapital des Moskauer Vertrages von 1970 hatte sich akkumuliert und ausgezahlt. Dazu hatte nicht zuletzt auch die deutsche Wirtschaft beigetragen. Hinzu kam seit 1988 ein persönliches Vertrauensverhältnis zwischen den obersten Repräsentanten der UdSSR und der Bundesrepublik.

In Bezug auf den Beginn der Entwicklung zur Vereinigung Deutschlands muß bereits die objektive systemische Erschöpfung der Sowjetunion noch einmal hervorgehoben werden, die eine wirtschaftliche Rettung oder auch nur Stützung der DDR 1989/90 ausschloß, dagegen eine verstärkte Anbindung der UdSSR an die Bundesrepublik objektiv nahelegte. Dies mag zusätzlich erklären, warum sich die sowjetische Führung gegen den Erhalt der DDR um jeden Preis, z. B. den Preis der Gewaltanwendung, aussprach. Dies hätte auch dem zunehmend inhaltlich ausgedehnten Konzept der „Freiheit der Wahl“ einfach widersprochen, nämlich der Akzeptanz abweichender Sozialismusmodelle und unterschiedlichen Systemwandels in Osteuropa bis hin zur unerwarteten Hinnahme des Systemwechsels, über den Dieter Bingen ja noch sprechen wird.

Hinzu kamen die nur chaostheoretisch erklärbare persönliche Überanspannung und Ablenkung der Moskauer Führung, Folge der Wirtschaftskrise, der nationalen Konflikte im Kaukasus, der Abspaltungstendenzen im Baltikum, sowie der Aufstieg des liberalen Hauptopponenten Jelzin und des von ihm geführten Rußland, ein anwachsender, unerfüllbarer Erwartungshorizont der Bevölkerung sowie die Entwicklungen in Osteuropa, die in die gleiche Richtung wiesen, nämlich außenpolitische Bürden seitens Moskaus abzuwerfen. Dennoch nahm seit Februar 1990 der Widerstand der Traditionalisten gegen Gorbatschows und Schewardnadses Außenpolitik nachweisbar zu. Selbst ein Umsturz war nicht auszuschließen, wenn auch die prägenden Muster zugunsten der Machterhaltung des Präsidenten und des Generalsekretärs wirkten. Wesentlicher, weil schon zuvor geschehen, war jedoch die auch ethisch fundierte Absage an den Einsatz militärischer Mittel zur Rettung des sozialistischen Vorpostens. Unterstützend wirkte dabei die allgemeine Richtung des „neuen

Denkens“, das zur Auflösung von geostrategischen „Vorposten“ und Konfliktzonen, zur Kooperation anstelle von Konfrontation mit den demokratischen Gesellschaften, vor allem mit den USA, begründet worden war. Zur Analyse der subjektiven Faktoren gehört unbedingt eine Wertung der drei unterschiedlichen Denkschulen, der traditionalistischen Schule, der zentristischen Schule und der progressiven Schule, sowie eine Einschätzung der tragenden sowjetischen Persönlichkeiten. Herr Professor Jacobsen hat dies ja auch gefordert. Dabei könnte deutlich werden, daß in der Deutschlandfrage Außenminister Schewardnadse noch vor Gorbatschow einen Wechsel vom zentristischen zum progressiven Flügel vollzog. Gorbatschow, dem meiner Meinung nach dennoch die zentrale Rolle zukommt, prägte einen Stil großer Gesten, die nachträglich der Detailausgestaltung bedurften und zu widersprüchlichen und komplizierten Nachverhandlungen zwangen. Das führte nun wiederum zu einem ungewöhnlich intensiven diplomatischen Austausch zwischen den westlichen Alliierten und der Bundesrepublik, bei dem stets die Gefahr bestand, die UdSSR könne sich erneut isolieren und den Ereignissen nachlaufen.

Nicht unterschätzt werden sollte ein neues Herangehen an die internationalen Probleme, ich möchte das immer wieder unterstreichen, weil dies die partnerschaftlichen Beziehungen zwischen den Allianzen und die Transformation der Militärblöcke förderte. Letztlich aber waren die innenpolitische Entmachtung der Partei, d. h. der führenden Gremien der KPdSU, und die autokratische Entscheidungsmacht des Präsidenten ab Juli 1990 die personelle Voraussetzung für ein kaum erwartetes Nachgeben der sowjetischen Seite in der NATO-Beitrittsfrage.

Ein wichtiges Motiv für die finale Zustimmung zur Vereinigung im Juli 1990 und in der Ratifikationsphase März/April 1991 war die durchaus begründete Zuversicht, Deutschland werde als Brücke nach Westeuropa, zur Integration in die Weltwirtschaft, zur Mitgliedschaft in den G-7 dienen. Aber auch weitere realpolitische Motive mögen eine Rolle gespielt haben. Nach notierten Berichten Falins, die Sie im PDS-Parteiarchiv nachlesen können, glaubte Gorbatschow, durch die Vollmitgliedschaft Deutschlands in der NATO dem alten sowjetischen Ziel näher zu kommen, die westliche Allianz zu zerstören. Das mag eine Interpretation von Falin sein, aber sie könnte durchaus Gorbatschows Denken widerspiegeln. Berater im Umkreis Gorbatschows geben die damals gehegte Illusion einer „Achse Moskau-Berlin“ wieder, über die zwischen Kohl und Gorbatschow gesprochen worden sei; so Tschernjajew in einem Zeitungsartikel im August 1997.

Ich komme damit zum Schluß. Unter dem Eindruck der Implosion der SED-Herrschaft und entgegen vorherrschender Prognose in Politik und Wissenschaft, und ich schließe mich dabei nicht aus, hob die Sowjetunion im Zeitraum Februar-Juli 1990 ihre vierzig Jahre vorgetragene prioritäre Teilungsoption auf und paßte ihre Handlungsspielräume so weit an, daß das zuvor überwiegend als bedrohlich empfundene Deutschland beim Abschluß des Vereini-

gungsprozesses zum wichtigsten Kooperationspartner der UdSSR und schließlich des neuen Rußlands werden konnte. Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Herr Oldenburg, sehr herzlichen Dank für Ihre so differenzierte Analyse. Wir werden hoffentlich dann nach dem Mittagessen die Möglichkeit haben, den einen oder anderen Aspekt hier zu diskutieren. Wir fahren gleich in unserer Präsentation fort. Herr Wolfgang-Uwe Friederich von der Universität Hildesheim ist soeben aus Chicago eingeflogen und sitzt neben mir und hat das Wort.

Professor Dr. Wolfgang-Uwe Friedrich: Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Herren Abgeordnete, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich danke Ihnen zunächst für die Einladung und will im folgenden fünf kurze Thesen zur amerikanischen Deutschlandpolitik und staatlichen Wiedervereinigung Deutschlands 1990 vorstellen und dann in der Kürze der Zeit knapp begründen.

These 1

In keinem Land ergab sich seitens der Regierung, des Parlaments und der öffentlichen Meinung ein vergleichbar hohes Maß an Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung wie in den USA.

These 2

Die deutsche Einheit in Frieden und Freiheit und unter Beibehaltung der Westbindung der Bundesrepublik, einschließlich der NATO-Mitgliedschaft, entsprach den vitalen Interessen und den Grundwerten der amerikanischen Außenpolitik.

These 3

Die USA haben sich seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges stets zur deutschen Einheit bekannt und, als die Chance zur Realisierung bestand, diese entschlossen genutzt.

These 4

Die amerikanische Deutschlandpolitik orientierte sich in ihren Zielen und Inhalten an der Bundesrepublik Deutschland. Die USA entwickelten zwar seit 1984 eine eigene DDR-Politik, diese scheiterte jedoch an der Intransigenz der DDR. Die polnische Westgrenze galt den USA seit 1945 als politisch und seit der KSZE-Schlußakte von 1975 auch als juristisch geregelt.

These 5

Die schnelle Lösung der äußeren Probleme der deutschen Einheit wurde unter der Voraussetzung der Erosion der sowjetischen Macht nur durch die strategische Partnerschaft zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika möglich.

Ich begründe jetzt die fünf Thesen.

Die erste also, in keinem anderen Land gab es eine vergleichbare Zustimmung wie in den USA. Die Hauptakteure der amerikanischen Außenpolitik sind der Präsident und seine Administration, der Kongreß, die öffentliche Meinung in Verbindung mit der veröffentlichten Meinung und bestimmte Pressure Groups. 1989/90 waren die Hauptbeteiligten an der amerikanischen Deutschlandpolitik: Präsident Bush, Sicherheitsberater Scowcroft mit seinem Stab, also vor allen Dingen den Mitgliedern Blackwell, Rice und Zelikow, Außenminister Baker mit seinem Stab, seinen beiden engsten Mitarbeitern Ross und Zoellick, letzterer hat eine Schlüsselbedeutung für die amerikanische Deutschlandpolitik 1990, einer der wichtigsten Männer in Washington, die den Prozeß vorangebracht haben, sowie Seitz und Dobbins, im Senat schließlich die Mitglieder Lugar, Nunn, Dole und Biden, die alle dem sicherheitspolitischen Establishment angehören. Natürlich könnte man auch eine Reihe von anderen decision makers nennen, etwa das Department of Defence, die Joint Chiefs of Staff. Sicherlich gehören dazu die CIA und bei anderen Fragen der Handelsbeauftragte, das Finanzministerium, die Federal Reserve. Interessant ist, daß die CIA Ende 1989 in den Prozeß eingeschaltet wurde dadurch, daß sich eine informelle German working group bildete, der die Deutschland-Analytiker der Agentur angehörten, die mehrere positive Stellungnahmen zum Prozeß der Wiedervereinigung dem Präsidenten und dem State Department zuleiteten. Die veröffentlichte Meinung wurde repräsentiert von den Meinungsführern in der Presse, also New York Times, Washington Post, Wall Street Journal, eventuell auch Los Angeles Times, und im Fernsehen durch die großen Networks, also CBS, NBC, CNN und PBS. Zu den Pressure Groups gehörten, bezogen auf die deutsche Frage, vor allem jüdische Organisationen, ich nenne das American Jewish Committee und den Jewish World Congress. Mit Ausnahme der gewohnt deutsch-kritischen Presse, der New York Times und der Washington Post, die vor allen Dingen in einer Reihe von Editorials ablehnende, zum Teil vollständig überzogene und weltfremde Kommentare etwa zu den Gefahren der Wiedervereinigung veröffentlichten, und einzelnen Stimmen, unterstützten alle Hauptakteure den Prozeß der Wiedervereinigung. Die Administration tat dies sogar mit Nachdruck. Was die öffentliche Meinung angeht, sprachen sich bis zu Dreiviertel aller Amerikaner für die deutsche Einheit aus. Der Senat stimmte schließlich am 10. Oktober 1990 einstimmig, bei 98 Ja-Stimmen, zwei abwesende, dem Zwei-plus-Vier-Vertrag zu. Ich möchte an dieser Stelle erwähnen, daß der Senator Boschwitz, der als Zweijähriger mit seinen Eltern aus Berlin emigrierte, eine sehr bewegende Rede im Senat zugunsten der Wiedervereinigung gehalten hat. In einer Reihe von Senats-Hearings, die vorher stattgefunden hatten, war die Frage der NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands von herausragender Bedeutung. Ich würde vermuten, daß, wenn das wiedervereinigte Deutschland nicht Mitglied der NATO geblieben wäre, im Ratifizierungsprozess in Washington ganz erhebliche Schwierigkeiten aufgetreten wären, ich persönlich würde ein Scheitern für wahrscheinlich gehalten haben. Ausschlaggebend für dieses sehr hohe Maß an Zustimmung zum Pro-

zeß der Herstellung der staatlichen Einheit waren vor allem zwei Aspekte: Erstens, der Prozeß vollzog sich friedlich und als Ergebnis einer freiheitlichen Revolution, und zweitens, er richtete sich nicht gegen den Westen, sondern gestaltete sich als, so in Washington perzipiert, Vollendung westlicher Politik, d. h. das nunmehr vereinte Deutschland gehörte der NATO und der EG an.

Zur zweiten These:

Die deutsche Einheit in Frieden und Freiheit und unter Beibehaltung der Westbindung der Bundesrepublik einschließlich der NATO-Mitgliedschaft entsprach den vitalen Interessen und den Grundwerten der amerikanischen Politik. Die Hauptelemente der amerikanischen Außenpolitik bilden nationale Interessen, in den USA meist als vital interests bezeichnet, und Werte (values). Zu den vitalen Interessen gehörte und gehört eine anti-hegemonial definierte Europapolitik der USA: gegen das kaiserliche Deutschland, gegen Nazi-Deutschland und gegen die sowjetische Politik nach 1945. Die amerikanische Politik gegenüber der Sowjetunion verfolgte ab 1946/47 das globale Ziel der Eindämmung, das containment, und zwar von Europa über den Mittleren Osten bis nach Korea. Zur Eindämmungsstrategie gehörten militärische, wirtschaftliche und ideologische Komponenten. Die Werteorientierung in der Außenpolitik kommt vor allem durch das demokratische System in Form der Mitwirkung des Senats an außenpolitischen Entscheidungen und des Einflusses der öffentlichen Meinung auf diese zum Tragen. Die Bundesrepublik Deutschland nahm seit der Berlin-Blockade 1948/49, seit der NATO-Gründung 1949 und dem Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur Atlantischen Allianz 1954 eine strategische Schlüsselstellung in der amerikanischen Europapolitik ein, und zwar aufgrund ihrer geopolitischen Lage sowie ihrer wirtschaftlichen und (konventionellen) militärischen Macht. West-Berlin wurde für die USA zum Symbol der Freiheit und zum Beweis für die (amerikanische) Bereitschaft und Standfestigkeit, diese zu verteidigen. Die Berliner Mauer wurde andererseits in den USA zum Symbol des militärisch ernstzunehmenden, aber moralisch unterlegenen kommunistischen Systems. Dieser Faktor wirkte sich bis 1989 negativ auf die Beziehung zwischen Washington und Ost-Berlin aus. Kein amerikanischer Besucher in Ost-Berlin, darunter der ehemalige stellvertretende Außenminister Whitehead, vergaß, Erich Honecker daran zu erinnern, daß die Mauer fallen muß. In einer repräsentativen Umfrage erklärten 1986, 1986 wohlgemerkt, 77 % der Gesamtbevölkerung, die USA besäßen vitale Interessen an den Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland, die damit nach Großbritannien (83 %), Kanada (78 %) und Japan (78 %) auf dem vierten Platz lag, bei den Eliten nahm die Bundesrepublik Deutschland 1986 jedoch gemeinsam mit Japan (98 %) Platz 1 ein. Diese Einschätzung deckte sich mit der der Administration. Das vereinte Deutschland ist für die USA der wichtigste strategische Partner in Europa, so wie dies mutatis mutandis Japan in Asien ist.

Zur dritten These:

Die USA haben sich seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges stets zur deutschen Einheit bekannt und, als die Chance zur Realisierung bestand, diese entschlossen genutzt. Diese Zielsetzung der USA basierte auf der Westbindung der Bundesrepublik. Im Deutschlandvertrag von 1952/54 hatten sich die Vereinigten Staaten völkerrechtlich verpflichtet, eine Politik zu unterstützen, die diesem Ziel dient. Alle amerikanischen Präsidenten seit Eisenhower erneuerten die Zielsetzung. Die Dauer der Teilung und die Festigung des Status quo in Europa ließen eine Realisierung des Zieles vor 1989 nicht zu. Von übergeordneter Bedeutung waren die sicherheitspolitischen Beziehungen zur Sowjetunion. Führende amerikanische Außenpolitiker wie Henry Kissinger orientierten sich deshalb primär am Status quo, der übrigens auch, leicht nachvollziehbar, am meisten Unterstützung im State Department hatte. Ich denke nur an Rozanne Ridgway, die frühere amerikanische DDR-Botschafterin und anschließend Assistant Secretary for European Affairs, die dezidiert eine realpolitische Status-quo-Politik verfolgte und deswegen in dem Buch von Rice und Zelikow bereits auf den ersten Seiten sehr hämisch erwähnt wird. Andere wie Ronald Reagan stellten den idealistischen und antikommunistischen Grundzug stärker in den Vordergrund. Präsident Reagans Forderung an Gorbatschow: „Tear down this Wall!“ von 1987 darf nicht als politische Rhetorik interpretiert werden. Ich habe zu dieser Frage Mitarbeiter der Reagan-Administration befragt und auch die Entstehung dieser Rede verfolgt. Es ergab sich eine sehr heftige Debatte zwischen dem Weißen Haus auf der einen Seite, Reagan wollte den Satz drin haben „Tear down this Wall, Mister Gorbatschow“, und dem State Department, das argumentierte, nicht einmal die Deutschen werden mit dieser Forderung zufrieden sein, weil sie unrealistisch ist, also erheben Sie, Herr Präsident, diese Forderung nicht. Auf der Schlußsitzung im Weißen Haus, bei der National Security Council und einige Vertreter des State Departments zugegen waren, sagte Ronald Reagan, seiner Meinung nach müsse die Mauer weg. Dieses sei eine moralisch gerechtfertigte Forderung. Ob jemand der Anwesenden anderer Meinung sei und diese begründen könne? Und Rozanne Ridgway sagte, es ist nicht realpolitisch, Herr Präsident. Und sein Fazit war: „If it's right I'm going to say it“. Auch Präsident Bushs Forderung nach Beendigung der Teilung Europas reflektierte die längerfristige Zielsetzung, die 1989 aufgrund des Wandels in der Sowjetunion und in den ostmittel- und südosteuropäischen Staaten zu einem mittelfristigen und dann im Winter 1989/90 zum kurzfristigen Ziel wurde.

Aus Zeitgründen überspringe ich jetzt den Punkt vier, die amerikanische DDR-Politik, obwohl sie hochinteressant ist, weil, wie gesagt, John C. Whitehead den Versuch einer Differenzierung der osteuropäischen Staaten 89 befürwortete. Whitehead hat dreimal mit Honecker gesprochen, weil, wie Rick Burt, der frühere Botschafter in Bonn, sagte, wir auch Bonn zeigen wollten, daß wir einen eigenen Spielraum haben und ihn auch schätzen. Ich überspringe diesen Punkt, würde aber gern in der Diskussion noch darauf eingehen.

Fünftens: Die amerikanische Deutschlandpolitik erkannte im Oktober 1989 die Aktualität der, wie Baker formulierte, „question of the reunification of Germany“. Bereits im März 1989 hatte Sicherheitsberater Scowcroft festgestellt: Heute sollte die oberste Priorität der amerikanischen Europapolitik das Schicksal der Bundesrepublik Deutschland sein. Dieses floß ein in ein Dokument des Nationalen Sicherheitsrates im März 1989, dessen Inhalt lautete: Die USA sollen die deutsche Frage neu aufgreifen, um die Meinungsführerschaft in diesem Problem zurückzugewinnen. Seit November 1989 verfolgten die USA einen außenpolitischen Kurs, der aus vier Elementen bestand und übrigens von Dennis Ross und dem Ihnen aus einem anderen Zusammenhang bekannten Francis Fukuyama entwickelt wurde, der später nicht mehr zuständig war:

1. Die USA unterstützen die deutsche Selbstbestimmung, ohne auf ein bestimmtes Ziel festgelegt zu sein;
2. die Vereinigung Deutschlands muß die Mitgliedschaft in NATO und EG berücksichtigen;
3. die Einheit soll friedlich und schrittweise erfolgen;
4. die Grenzregelungen der KSZE-Schlußakte sind zu beachten.

Die Ereignisgeschichte dieses Vorgangs ist von Rice und Zelikow gut dargestellt, wenngleich das Buch die Perspektive des Nationalen Sicherheitsrates widerspiegelt und ohne Bakers Memoiren, ohne das gerade jetzt erschienene Buch des CIA-Analysikers Robert L. Hutchings und vor allen Dingen auch ohne das frühe Buch von Elizabeth Pond nicht richtig gewürdigt werden kann. Ich möchte nur abschließend auf folgende Punkte kurz eingehen. Die USA konzentrierten sich auf zwei wesentliche Aspekte. Der eine: Heranführen der sowjetischen Führung an den Prozeß der Wiedervereinigung. Herr Kollege Oldenburg ist darauf bereits eingegangen und hat auch dieses ganz wesentliche Treffen vom Mai 1997 Bush/Gorbatschow erwähnt, das eine Schlüsselbedeutung hatte. Also Heranführen der sowjetischen Führung an den Prozeß der Wiedervereinigung, und zwar unter der Bedingung der NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschland. Gleichzeitig bemühten sich die USA um eine Verständigung mit Frankreich, Großbritannien und den anderen NATO-Mitgliedern, wobei zu berücksichtigen ist, daß erhebliche Störungen von Italien, teilweise den Niederlanden und Dänemark ausgingen und immer die Frage war, ob Deutschland in der NATO bliebe oder nicht. Präsident Bush hat schließlich in mehreren Initiativen sowohl gegenüber Generalsekretär Gorbatschow als auch gegenüber der britischen Premierministerin Thatcher wesentliche Weichenstellungen vorgenommen. Dabei ist von entscheidender Bedeutung, daß im Januar/Februar die Vereinigten Staaten, wie es Zoellick selbst formulierte, auf das Tempo drückten, das den Prozeß der Wiedervereinigung beschleunigen sollte. Und dabei ist ferner zu berücksichtigen, daß in diesem Monat in Camp David es dem Bundeskanzler gelang, das uneingeschränkte Vertrauen von George Bush zu gewinnen, so daß keinerlei Vorbehalte bei Einzelheiten mehr geltend gemacht wurden. Eine Reihe von Einzelfragen müssen im Zusammen-

hang mit Außenminister Genschers Position und anderen Fragen sehr differenziert diskutiert werden. – Aus Zeitgründen breche ich an dieser Stelle ab.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank, Herr Friedrich für Ihre Ausführungen und Erläuterungen Ihrer Thesen. Wir kommen damit zum dritten Beitrag, dem von Herrn Curt Gasteyger aus Genf. Ich freue mich, daß er heute unter uns weilt. Er ist auch ein alter Bekannter. Er dürfte Ihnen bekannt sein aus seinen Schriften und seiner Tätigkeit im Bereich der internationalen Beziehungen. Lieber Herr Gasteyger, wenn Sie können, wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie unseren Zeitplan einhalten würden bis kurz nach zwölf. Bitte schön.

Prof. Dr. Curt Gasteyger: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich bedanke mich sehr für Ihre Einladung. Herr Jacobsen hat uns zuvor auf die Rolle der Persönlichkeiten hingewiesen, und ich glaube, es gibt kaum zwei Länder, in denen in diesem Zusammenhang die Rolle von Persönlichkeiten so stark hervortrat wie in England und Frankreich, in Gestalt der Iron-Lady Margaret Thatcher und des Präsidenten François Mitterrand.

Ich werde in der mir zur Verfügung stehenden Zeit zunächst auf einige Gemeinsamkeiten in der britischen und französischen Deutschlandpolitik hinweisen. Dann werde ich auf die Besonderheiten im Verhalten des einen und des anderen Landes eingehen und mit einigen Thesen abschließen. Ich brauche hier nicht besonders zu erwähnen, daß im jetzigen Zeitpunkt der Zugang zu den vertraulichen Akten noch nicht möglich ist. Ich mußte mich deshalb auf die recht ausführlichen Berichte von Zeitzeugen sowie auf einige persönliche Gespräche stützen. Sie ergeben immerhin ein gutes und zuverlässiges Bild von Interessenslage und Handlungsspielraum der beiden hier interessierenden Staaten. Sieben Jahre Distanz von den damaligen Ereignissen sind allerdings zu kurz, um die oft widersprüchlichen, von der Erinnerung an Vergangenes und der spontanen Reaktion auf unerwartet Gegenwärtiges nicht in unsere Beurteilung einzubeziehen. Aber, gestehen wir es offen, angesichts der seither erlebten welt- und europapolitischen Umwälzungen scheinen manche dieser Reaktionen heute bereits einem weitentfernten, jedenfalls für Nichtdeutsche praktisch abgeschlossenen Kapitel anzugehören.

Gemeinsamkeiten

Angesichts der geschichtsträchtigen Bedeutung und des geopolitischen Gewichts der Wiedervereinigung ist solches eigentlich erstaunlich. Man hätte hier viel dauerhaftere Nachbeben erwartet. Denn diese Wiedervereinigung wurde ja lange bestenfalls als entfernte Zukunftsperspektive und dann, als sie sich als ernstzunehmende Möglichkeit am politischen Horizont abzuzeichnen begann, als unerwünscht empfunden. Das trifft sicher auf Großbritannien und Frankreich zu. Auf ihrer Traktendenliste stand sie jedenfalls, wenn überhaupt, weit unten. Beide Länder mußte deshalb die sich rasch verdichtende Perspektive

einer solchen Vereinigung der beiden deutschen Staaten überraschen. Sie löste Reaktionen aus, die man nach vierzig Jahren immer wieder beschworener Solidarität mit dem deutschen Wunsch nach Wiedervereinigung kaum für möglich gehalten hätte. Einmal mehr erwies sich das historische Gedächtnis der Völker länger als jenes der Politik.

So trafen die sich beschleunigenden Entwicklungen in Osteuropa und damit Deutschland die Regierungen beider Länder konzeptuell und politisch unvorbereitet. Weder Präsident François Mitterrand noch Prime Minister Margaret Thatcher hatten eine Strategie zur Hand, mit der sie dieser für sie unerwarteten und wohl eben auch unerwünschten neuen Lage mitbestimmend begegnen konnten. Stärker, emotionaler waren bei ihnen das Nichtglaubenwollen und der Rückfall in ein von geschichtlicher Erfahrung geprägtes Bild von einem Deutschland, das es gar nicht mehr gab oder eben nur als geteiltes, in zwei Bündnisse eingebundenes und von vier Siegermächten mehr oder weniger kontrolliertes Zwillingsspaar.

Beide, Frankreich und Großbritannien, hatten damit vieles gemein, wo es um Geschichtsbild und Stellung Deutschlands in Europa ging. Sie unterschieden sich aber deutlich in der Art, in der sie sich mit der unerwarteten „Herausforderung Deutschland“ auseinandersetzten und ihr zu begegnen suchten. Zu den Gemeinsamkeiten gehört einmal die fast hilflose Überraschung darüber, daß das zwar offiziell immer wieder abgelehnte, letztlich aber in vieler Hinsicht als stabil erachtete Nachkriegssystem des zweigeteilten Europa und Deutschland mit klaren Grenzen und gewichteten Kräfteverhältnissen durch die deutsche Wiedervereinigung unversehens aus den Angeln gehoben werden sollte. Die Trägheit des Gewohnten und die Ablehnung des ungesicherten Neuen waren bei ihnen deutlich zu spüren. Für die geographisch distanzierte Weltmacht Amerika schien die Perspektive einer solchen Veränderung weniger Sorgen zu bereiten; die Sowjetunion unter Gorbatschow erwies sich nach anfänglichem und verständlichem Widerstand gegen eine Wiedervereinigung als weniger resistent und unbeweglich – möglicherweise, weil sie deren Folgewirkung als letzte Konsequenz des Reformprozesses in Mittel-Osteuropa unterschätzte.

Aus dieser statikverhafteten Haltung Frankreichs und Großbritanniens heraus erklärt sich deren Neigung, die Wiedervereinigung bestenfalls als langfristigen Prozeß zu sehen und auf den von der KSZE/OSZE als praktisch unabänderlich erklärten Grenzen zu bestehen. Selbstbestimmung – was immer das auch heißen mochte – ja; aber doch nicht Wiedervereinigung. So erklärt sich Frau Thatchers fast verzweifelter Ausruf „Wir haben uns zwar für die Wiedervereinigung ausgesprochen, aber niemand hat wirklich daran geglaubt“; sie war wünschenswert, solange sie unwahrscheinlich blieb.

Einig waren sich Frankreich und Großbritannien auch dahingehend, daß nukleare Waffensysteme auf deutschem Boden stationiert bleiben sollten und Deutschland selbstverständlich weiterhin auf eine eigene Atomrüstung verzichten müsse.

Wenn denn die Wiedervereinigung nicht zu vermeiden war, dann sollte doch ihr Schrittmaß möglichst verlangsamt werden. Dafür trugen die vier Siegermächte die Verantwortung. Das bedeutete, daß sie Reformen in der DDR fördern wollten, dies aber nicht in der Absicht, die DDR reifer für die Wiedervereinigung zu machen, sondern als zweiten deutschen Staat zu festigen. Mit dieser von Mitterrand und Frau Thatcher geteilten Meinung zeigten beide Länder, daß sie ihren Einfluß auf die Ereignisse und insbesondere auf die Vorgänge in Deutschland weit überschätzten. Vereinfacht läßt sich deshalb sagen, daß sie in ihrem strategischen Ziel einer Verhinderung oder Verlangsamung der deutschen Einigung weitgehend einig waren; in der Art und Weise, wie sie politisch-institutionell zu verkraften sei, ging ihre Politik aber auseinander.

Großbritannien

Von allem Anfang war klar, daß es dem Großbritannien von Frau Thatcher schwerfiel, sich mit der Aussicht auf eine deutsche Wiedervereinigung anzufreunden. Bereits im September 1987 äußerte sie hierzu ihre Skepsis. Diese verdichtete sich zwei Jahre später zu offenem Widerstand. Er nährte sich aus einer doppelten Sorge: daß einmal das vereinigte Deutschland die von NATO und Warschauer Pakt getragene Stabilität auf dem Kontinent gefährden, zum anderen dieses Deutschland, wo nicht einen Kurs der Neutralität, so doch jenen einer eigenständigen, nach Osteuropa ausgerichteten Politik verfolgen könne. Von dieser Doppelsorge wurde ihre Haltung in den entscheidenden Monaten 1989/1990 bestimmt. Sie läßt sich auf folgende wesentliche Punkte zurückführen:

- Zunächst auf eine wachsende Enttäuschung über die immer prononciertere pro-deutsche Haltung der Bush-Administration. Anders als zu dem ihr freundschaftlich verbundenen Reagan kühlte sich ihr Verhältnis zu dessen Nachfolger Bush gerade wegen dieser Haltung ab. „Ich fühlte“, so Frau Thatcher in ihren Memoiren, „daß ich mich nicht mehr immer so auf die Zusammenarbeit mit Amerika verlassen konnte wie zuvor.“ Um nach der Brüsseler NATO-Konferenz anfangs Dezember 1989 noch enttäuschter anzufügen: Nach Bushs Rede „gab es nichts, was ich von den Amerikanern hinsichtlich einer Verlangsamung der deutschen Wiedervereinigung erwarten konnte“.
- Von dieser für Frau Thatcher sehr ernüchternden Einsicht leitete sich ihre weitere Strategie ab. Sie bestand aus zwei Komponenten, die sich gegenseitig verstärken sollten: einmal dem Aufbau einer englisch-französischen Achse, zum andern der Förderung einer Interessengemeinschaft mit Präsident Gorbatschow zur Kontrolle Deutschlands und dessen Einigung.

Das erstere, der Hauptpfeiler, folgte einem Kalkül hinsichtlich der London zur Verfügung stehenden Optionen. Es gab deren vier: Erstens, eine Stärkung der Europäischen Gemeinschaft. Von dieser versprach sich Frau Thatcher (im Unterschied zu Mitterrand) nicht viel: „Ein vereinigtes Deutschland wird die EU dominieren.“ Zweitens, Einflußnahme mittels des Viermächte-Abkom-

mens über Berlin. Auch dies erschien nicht hinreichend, weil in der Sicht von Frau Thatcher „weder die USA noch die Sowjetunion es mehr ernstnehmen“. Die dritte Option war die KSZE. Sie wurde als nützlich betrachtet, wo es darum ging, nicht willkommene Änderungen von Grenzen in Osteuropa zu verhindern. Als Schranke gegen die deutsche Wiedervereinigung wurde die KSZE aber als unzureichend eingestuft.

Es blieb demnach die vierte und letzte Option: die englisch-französische Achse. Mit ihrer Hilfe sollte sichergestellt werden, daß die Deutschen bei jeder Stufe der Wiedervereinigung nicht allein das Sagen hätten. Für diese letzte Option versuchte Frau Thatcher Präsident Mitterrand zu gewinnen. Sie schöpfte ihre – wie sich bald herausstellen sollte – unbegründete Hoffnung aus dem Satz Mitterrands (anlässlich der Straßburger EU-Gipfelkonferenz im Dezember 1989), daß in „Augenblicken großer Gefahr... Frankreich und Großbritannien besondere Beziehungen hatten. Er fühlte, daß dieser Augenblick wieder gekommen sei“.

Einen Monat später (am 20. Januar 1990) hatte Mitterrand in den Augen seiner britischen Kollegin akzeptiert, daß „die Deutschen zwar das Recht auf Selbstbestimmung hätten, aber nicht auf jenes, die politischen Realitäten in Europa umzustülpen“ („upset“). In dieser Interpretation der französischen Haltung wurde Frau Thatcher bald enttäuscht. Spätestens im frühen Frühjahr kam sie zu dem Schluß, daß Mitterrand „die falsche Entscheidung für Frankreich“ getroffen habe.

London nahm deshalb Zuflucht zu einer weiteren Option, nämlich dem Zusammengehen mit der Sowjetunion, genauer: mit Gorbatschow. Dieser genoß seit Beginn seiner Perestrojika-Politik bei der britischen Premierministerin besondere Sympathien. Sie konnte sich dabei auf eine Aussage Gorbatschows stützen, die er anlässlich ihres Kurzbesuchs in Moskau im September 1989 gemacht hatte. Seine Erklärung – in den Worten von Frau Thatcher –, daß auch die Sowjetunion keine deutsche Wiedervereinigung wolle, „bestärkte mich in meiner Entschlossenheit, das bereits schwindelerregende Schrittmaß der Entwicklungen (in Deutschland) zu verlangsamen“. Beide, Thatcher und Gorbatschow, glaubten nämlich, daß ein „wirklich demokratisches Ostdeutschland als unabhängiger Staat“ möglich sei. Folgerichtig betonte sie auf der Sonder-sitzung der EU-Regierungschefs in Paris Mitte November die Notwendigkeit, Präsident Gorbatschow zu unterstützen. Um, wie sie meinte, die „Stabilität“ in Europa zu retten, befürwortete sie die Fortdauer der sowjetischen Truppen in der DDR („im Herzen Europas“): „Nur die Sowjetunion könne ein solches Gleichgewicht anbieten“. Es war klar: die britische Regierungschefin gab dieser von der Sowjetunion zu garantierenden Reformmöglichkeit der DDR den Vorzug vor einer Wiedervereinigung.

In einem anderen Zusammenhang stützte Frau Thatcher diese Argumentation mit der Feststellung, daß man Deutschland nicht erlauben dürfe, einen besonderen Einfluß („hold“) in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei zu gewin-

nen, vielmehr sei „alles nur Mögliche“ zu tun, um die eigenen (zumal britischen) Bindungen mit diesen Ländern zu stärken.

London mußte bald einsehen, daß der rasche Lauf der Dinge immer mehr seiner Kontrolle (und jener Frankreichs) entglitt. Man war, wenn auch nicht so stark wie in Paris, konsterniert über Bundeskanzler Kohls Zehn-Punkte-Programm. Dies zunächst, weil man nicht vorgängig darüber konsultiert oder doch informiert worden war; später dann, als man entdeckte, daß Bonn wichtige Bereiche des Wiedervereinigungs-Prozesses immer mehr als innerdeutsche Angelegenheit, als – wie es hieß – „Angelegenheit eines souveränen Staates“ behandelte. Daran war man noch nicht gewohnt. Es fiel gerade den beiden kleineren Siegermächten offensichtlich schwer, Deutschland in einer so zentralen, die strategische Lage des Kontinents tiefgreifend verändernden Angelegenheit selbständig handeln zu sehen, ohne hier das bisher gewohnte Mit- oder gar Einspracherecht geltend machen zu können.

Für Frau Thatcher blieben, nachdem die erwähnten Optionen entweder nicht „gezogen“ oder sich als unrealisierbar herausgestellt hatten, nur noch zwei Seitenwege zur Einflußnahme: einmal die Grenzfrage Oder-Neiße, sodann ihr Bestehen auf eine Einbindung des vereinigten Deutschlands in die Nordatlantische Allianz. Beim ersten wußte sie sich einig mit Frankreich und Polen, beim letzteren mit den USA. In der Grenzfrage rannte sie in Bonn offene Türen ein; die Einbindung Deutschlands in die NATO stand ebenfalls nie ernsthaft zur Diskussion. Beide Wege erwiesen sich damit als Maßnahmen zur sicherheitspolitischen Abfederung des Wiedervereinigungs-Effekts, als Zeugen britischer Skepsis, wo nicht sinkenden britischen Einflusses. Weder die eine noch die andere war besonders originell. Zusammen offenbarten sie lediglich den zunehmend begrenzten Handlungsspielraum Großbritanniens.

Frankreich

Frankreichs Position war in vielem jener Großbritanniens ähnlich. Die beiden Ländern gemeinsamen Sorgen wurden bereits genannt: das Überraschungselement, die Sorge um Stabilität und Gleichgewicht auf dem Kontinent, die Betonung auf Selbstbestimmung anstatt Wiedervereinigung, das Bestehen auf internationaler Anerkennung der Ostgrenze und eine Bestätigung des Verzichts auf nukleare Waffen.

Frankreichs Haltung zur Wiedervereinigung durchlief ebenfalls mehrere, aber keineswegs deckungsgleiche Phasen. Das ist nicht zuletzt der taktischen Wendigkeit des französischen Präsidenten und seiner klugen Einsicht in das Unvermeidliche zuzuschreiben. Im Frühherbst war er noch der festen Überzeugung, daß, erstens, Beunruhigung über die Wiedervereinigung berechtigt sei und, zweitens, die Sowjetunion und auch die DDR-Führung dieser nie zustimmen würden. Frankreich werde, so Mitterrand, seine Politik so anpassen, daß es in der Lage sei, im besten Interesse Europas und seiner selbst zu handeln. Wörtlich: „Die Wiedervereinigung wirft so viele Probleme auf, daß ich meine Meinung in Anbetracht der auftauchenden Ereignisse bilden werde.“

Noch im September 1989, anläßlich eines Gesprächs mit Frau Thatcher in Chequers, wollte er nicht an die Wiedervereinigung glauben: einmal, weil, wie er meinte, „Gorbatschow nie ein vereintes Deutschland in der NATO akzeptieren wird, und die USA Deutschland nicht gestatten würden, aus der NATO auszutreten“. Zum anderen glaubte er selber nicht daran. So rief er bei anderer Gelegenheit aus: „Und die DDR – das ist Preußen. Sie wird sich nicht unter die Obhut („la coupe“) Bayerns begeben wollen.“

Mitterrands Sicht der Deutschlandfrage zeigt sich damit etwas differenzierter als jene von Frau Thatcher. Dazu mögen unzählige deutsch-französische Begegnungen beigetragen haben. Aber auch bei ihm tauchten gewisse Stereotypen auf, die selbst dieses Sonderverhältnis nicht völlig auszuräumen vermocht hatte. Hinzu kam die Befürchtung, daß Europa „in die Vorstellungswelt von 1913 zurückfallen könne“, d. h. wohl in einen Zustand der Auflösung und allseitigen Rivalität. Jetzt, 1989, erschien ihm aber Europa hinreichend gefestigt, um „ein Deutschland von 80 Millionen zu verkraften“. Mitterrands Folgerung war die Notwendigkeit einer Verstärkung des europäischen Einigungswerkes. Von dieser Zielsetzung her mag sich die schrittweise, keineswegs widerspruchlose Akzentuierung der französischen Wiedervereinigungspolitik erklären. Die Folge hiervon war eine zunehmende Entfremdung gegenüber Großbritannien hier und ein allmählich wachsendes, wenn nicht vorbehaltloses Verständnis für Bundeskanzler Kohls Vorgehen da.

Einschränkungen und Rückwendungen blieben nicht aus. Da war einmal das Mißvergnügen über die fehlende Vorunterrichtung über das bereits erwähnte Zehn-Punkte-Programm. Dann kam der zwar längst geplante, aber zeitlich unglücklich gewählte Besuch des Präsidenten in der DDR kurz vor Weihnachten 1989. Da waren auch die Verlockungen einer neuen großen Entente mit London (und eventuell Moskau) und einer kleinen Entente mit Polen, um es bei dessen Grenzsorgen zu stützen. Aber schließlich, als die Wiedervereinigung immer deutlicher zur greifbaren Realität wurde, gewann Frankreichs Kurs an Stetigkeit. „Die Entwicklung begleiten“ (nicht steuern!), hieß die Devise. Damit sollten die destabilisierenden Wirkungen der Wiedervereinigung unter Kontrolle gehalten werden: für Frankreich, für die deutsch-französischen Beziehungen, für den Frieden in Europa, für die europäische Einigung und für die Lage in der Sowjetunion. Praktisch bedeutete dies eine „relance européenne“, die Bestätigung der deutsch-polnischen Grenze und den bereits erwähnten Verzicht auf nukleare Rüstung.

Hier klangen Ideen an, die de Gaulle schon Jahrzehnte vorher zum Deutschlandproblem geäußert hatte. Die NATO interessierte hier, ganz im Unterschied zu Großbritannien, weniger. Immer mehr entstand in Paris der Eindruck, daß man keine „begleitende“ und auch keine Alternativpolitik mehr zur Hand habe. Es war Nachvollzug und, wenn so man will, Schadensbegrenzung. Mit Großbritannien bestanden kaum mehr Gemeinsamkeiten: „Frau Thatcher ist allein“, notierte der Sprecher Mitterrands und heutige Außenminister Hubert Védrine.

„Sie wollte Deutschland von Frankreich trennen und ärgerte sich, daß ihr dies nicht gelang.“

Dreißig Jahre deutsch-französischer Freundschaft zeigten hier nun ihre, wenn auch von Schwächezeichen unterbrochene, Wirkung. Dies ist jedenfalls eine nicht unberechtigte Schlußfolgerung – es sei denn, man komme zur Auffassung, daß auch Frankreich kaum eine Alternative als die hier aufgezeigte hatte. Nur war diese Alternative konstruktiver als die britische. Sie verband Deutschlands Wiedervereinigung mit einer Stärkung der Europäischen Gemeinschaft. Das Problem Frankreichs war nur, daß sich die Wiedervereinigung vor diese angestrebte Stärkung schob. Noch am 30. November 1989 hatte Mitterrand gegenüber Außenminister Genscher mit aller Bestimmtheit festgehalten: „Entweder kommt die deutsche Einheit vor der europäischen zustande oder Sie werden eine Trippel-Allianz (Frankreich, Großbritannien, Rußland) gegen sich haben – und das wird in einem Krieg enden. Wenn dagegen die deutsche Einheit nach jener Europas kommt, dann werden wir Ihnen helfen.“

Wirklichkeit wurde bekanntlich die erste Variante. Es kam zwar glücklicherweise weder zu einem Dreierbündnis noch zu einem Krieg. Es blieb aber ein Rest von Unbehagen auf französischer Seite: man fühlte sich erstmals geographisch marginalisiert und politisch ohnmächtig gegenüber einer Entwicklung, in der man nicht einmal die zeitliche Rangfolge mitbestimmen konnte. Das politische Zentrum hatte sich überdeutlich und für Frankreich fast demütigend nach Deutschland verlagert.

Deutschland war innerhalb kurzer Zeit vom noch partiellen Objekt zum vollen Subjekt europäischer Politik herangewachsen. Nirgendwo wurde dies offensichtlicher als in der zumal von Großbritannien nur widerwillig hingenommenen Umkehr der Formel „Vier-plus-Zwei“ in „Zwei-plus-Vier“. Dabei war es jedermann klar, daß diese sehr rasch zu einem „Eins-plus-Vier“ zusammenschmelzen werde.

Beide, Frankreich und Großbritannien, wünschten sich gerade deshalb möglichst schnelle Fortschritte in diesen Verhandlungen. Sie wollten damit verhindern, daß sich die beiden deutschen Staaten unter sich und ohne bestimmende Mitwirkung der vier Mächte einigten. Auch hier noch gingen sie also von der Annahme aus, daß es die vier Mächte und nicht die deutschen Staaten sein sollten, die den Lauf der Ereignisse zu bestimmen und, wenn möglich, zu verlangsamen berufen waren. Auch hier täuschten sie sich. So blieb ihre Rolle kaum mehr als jene von Zuschauern bei einem Drama, das letztlich wohl auch ohne ihr Beisein zu einem guten Ende gekommen wäre.

Zusammenfassung

Erstens: Der ebenso unerwartete wie sich zusehends beschleunigende Einigungsprozess fand Großbritannien und Frankreich unvorbereitet. Sie hatten Wiedervereinigung gepredigt, aber kaum mehr als an Selbstbestimmung ge-

glaubt. Wiedervereinigung war für sie ein fernes Ziel, das anzustreben nie Priorität besaß.

Zweitens: Die von London und Paris in aller Eile entworfenen Handlungsoptionen waren konservativ, d. h. erhaltend, nicht progressiv. Sie bewegten sich in überkommenen Verhaltensmustern und bewährten Institutionen, NATO und OSZE und Viermächte-Abkommen. Für die Wiedervereinigung stand kein Modell zur Verfügung; ihre Politik war konturlos.

Drittens: Beide Länder überschätzten die destabilisierende Wirkung der Wiedervereinigung und, zumindest anfänglich, auch ihre eigene Rolle und Einflußmöglichkeiten hierbei. Sie unterschätzten die Eigendynamik und den daraus für die Bundesrepublik fast unvermeidlich folgenden Zwang zu selbständigem Handeln als souveräner Staat. Letzteres weckte, weil ungewohnt, Widerstand und Mißtrauen in London und Paris. Dies umso mehr, als beide sich politisch zunehmend an den Rand des Geschehens und geographisch an jenen Europas verwiesen fühlten, nachdem Deutschland ins Zentrum von beidem gerückt war.

Viertens: Die bestehenden Organisationen NATO und EU erwiesen sich als Rettungs- oder Beruhigungsanker. Dabei zog allerdings Großbritannien die Allianz, Frankreich die Union vor.

Fünftens: Für Großbritannien besonders schmerzlich war die Verlagerung der „special relationship“ der Vereinigten Staaten von ihm weg hin nach Deutschland. Nur seine besondere Rolle im Golfkrieg brachte diese Gewichtsverlagerung wieder einigermaßen, wenn auch nur zeitweilig, ins Lot.

Sechstens und langfristig wohl am wichtigsten: Die beiden ehemaligen Siegermächte Westeuropas sind mit und nach der Wiedervereinigung in die Reihe „normaler“ Mittelmächte zurückgestuft. In ihrem widersprüchlichen und letztlich fast hilflosen Verhalten während des Prozesses der Wiedervereinigung enthüllte sich, daß frühere Könige nicht viel mehr Kleider haben als ihre Mitbürger. Danke sehr.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank, Herr Gasteyer für die Interpretation Ihrer Thesen, die uns noch beschäftigen werden. Herr Bingen als letzter, bitte.

Dr. Dieter Bingen: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren. Ich bin natürlich auch geehrt, vor diesem Gremium sprechen zu dürfen. Ich habe grundsätzlich drei Länder zu behandeln, werde aber nicht entsprechend 60 Minuten beanspruchen. Meinen Kurzvortrag habe ich aufgebaut in die Teile: Vergleich der Akteure Ostmitteleuropas; innere und äußere Faktoren zur Bestimmung der Interessenlage und Handlungsspielräume Polens; Faktoren polnischer Deutschlandpolitik im Herbst 1989; einige Bemerkungen zur polnischen Politik im Zwei-plus-Vier-Prozeß.

Die drei ostmitteleuropäischen Staaten Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn haben auf unterschiedliche und individuell ganz charakteristische Weise den Prozeß der Vereinigung der beiden deutschen Staaten in den Umbruchmonaten 1989/90 beeinflußt. Auf diese Umbruchmonate werde ich mich konzentrieren, nicht zurückgehen auf die Daten, die von meinen Vorrednern schon genannt worden sind bis 1956/81.

Bei der Betrachtung und Analyse der Vorgänge, die zur Vollendung der staatlichen Einheit Deutschlands führten, sind grob zwei Phasen voneinander zu trennen: Eine erste Phase bis zum 9. November 1989, in der ein innerer Gärungsprozess in der DDR mit internationalen Auswirkungen die europäische Umwelt in Atem hielt; und eine zweite Phase, die unmittelbar nach dem Mauerfall die deutsche Einheit auf die Tagesordnung der Politik setzte.

Mit Blick auf diese zwei Phasen kann ebenso grob für diese Zwecke der Beitrag der Akteure Polen, Tschechoslowakei und Ungarn definiert werden. Ungarn und die Tschechoslowakei haben seit Mai 1989 bzw. seit September 1989 durch ihre Initiative bzw. durch ihre Reaktion auf die Ereignisse dazu beigetragen, daß die Mauer fiel. Sie waren durch konkrete politische Entscheidungen in den Frühjahrs- und Sommermonaten 1989 mitverantwortlich für die Beschleunigung des inneren Zusammenbruchs des Honeckerregimes; ich verweise hierzu auf meine längere Ausarbeitung, die ich der Kommission zu Protokoll gebe (s. Anlage 2).

Bis zum November 1989 war Polens Beitrag zur Entwicklung in der DDR im Sinne operativer Außenpolitik eher peripher, da es im Sinne von außenpolitischem Entscheidungsverhalten weniger als Budapest und Prag herausgefordert wurde. Freilich war der Beitrag Polens zur Situation im Sommer 1989 in einem weiteren Sinne außerordentlich und entscheidend. Darauf ist schon verschiedentlich heute morgen hingewiesen worden. Ohne die Solidarność-Bewegung seit 1980 und die von ihr ausgelöste Kettenreaktion im sowjetischen Block, v. a. ihren Einfluß auf die sowjetische Politik in den achtziger Jahren, hätte im Sommer 1989 nicht die von Gorbatschow konzedierte Wahlfreiheit für Polen, d. h. die Wahl eines nichtkommunistischen Regierungschefs, anstehen können. In Polen wurden die Machtfragen zuerst gestellt, die zuletzt und am dramatischsten sowohl für die Sowjetunion wie für ihren deutschen Vorposten beantwortet werden mußten. Durch die neue innenpolitische Lage in Polen wurde zudem die strategische Position der DDR im Warschauer Pakt unterminiert. Die in Polen zuerst gestellten Fragen und die sowjetische Antwort à la Gorbatschow erlaubten erst die Budapester und Prager Schritte im Jahre 1989. Aber um auf diese erste Phase zurückzukommen: Im Frühjahr, Sommer und Frühherbst war Polen mit dem Machtwechsel beschäftigt, während Ungarn seine Westgrenze öffnete und die spätstalinistische Tschechoslowakei gegen ihren Willen zu einem Totengräber der DDR wurde.

In der zweiten Phase dagegen, als der Prozeß der Vereinigung Deutschlands Teil der operativen europäischen Politik wurde, war es Polen, das zum Hauptakteur außerhalb des Kreises der Zwei-plus-Vier wurde, während Ungarn und

die Tschechoslowakei, wenn es um die operative Politik ging, nicht in den Verhandlungsprozess eingriffen. Polen war durch die Grenzfrage direkt von der Vereinigungsproblematik tangiert. Man kann sagen, daß Polen materiell am meisten betroffen war von allen Beteiligten, mehr eben auch als Großbritannien und Frankreich, wo es um die Machtfragen und Einflüsse ging, wie Herr Gasteyer überzeugend dargestellt hat.

Da der Vereinigungsprozess im eigentlichen Sinne erst im November/Dezember 1989 begann und Polen wegen der deutsch-polnischen Grenzproblematik (einem Sonderkonflikt im Kontext einer friedensvertraglichen Regelung für Deutschland als Ganzes) am meisten von diesem betroffen war, werde ich mich also im folgenden auf Polens Rolle und Stellung konzentrieren.

Die Interessenlage und der Handlungsspielraum der polnischen Politik im deutschen Vereinigungsprozess wurden von folgenden inneren und äußeren Faktoren bestimmt:

1. der Formulierung einer neuen Staatsräson nach dem demokratischen Systemwechsel im Sommer 1989, die ausgehend von der außenpolitischen Souveränisierung, u. a. den historischen Ausgleich mit dem deutschen Nachbarn als Brücke nach Westeuropa suchte; ich verweise hier wiederum auf meine längere Ausführung für das Protokoll, in der ich die Entwicklung der polnischen Deutschlandpolitik, des deutschlandpolitischen Denkens seit der Mitte der 80er Jahre sowohl in der Opposition aber auch in der Parteiführung darstelle;
2. der erfahrungsgesättigten Maxime „Nichts über uns ohne uns“, die in ihrer tiefenpsychologischen und verhaltensbestimmenden Bedeutung für polnische Politiker jeglicher Couleur gar nicht überschätzt werden kann;
3. dem Nebeneinander von zwei Machtzentren in Polen: dem in der kommunistischen Tradition stehenden Präsidialapparat von Präsident Jaruzelski und dem noch nicht konsolidierten Apparat der Regierung Mazowiecki, in dem wiederum zwei unterschiedliche Denktraditionen miteinander konkurrierten, die von Außenminister Skubiszewski repräsentierte völkerrechtliche Schule und die von Ministerpräsident Mazowiecki repräsentierte Vorstellungen europäischer Gleichgewichtspolitik des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, wobei die eine von der anderen natürlich nicht trennscharf auseinanderzuhalten ist;
4. der Tatsache, daß Polen als direkt von einer friedensvertraglichen Regelung für Deutschland betroffener Staat und als alliierte Macht des Jahres 1945 keinen traditionellen Friedensvertrag mit Deutschland verlangte und nicht zum Kreis der Mächte gehörte, die für Deutschland als Ganzes verantwortlich waren, hier gibt es natürlich eine Kollision mit der Maxime „Nichts über uns ohne uns“;

5. einer Mächtekonfiguration in Europa, in der Polen als Noch-Mitglied des Warschauer Pakts und Noch-Verbündeter der Sowjetunion noch nicht über institutionalisierte neue West-Bündnisse und West-Verbündete verfügte. Eigene Interessen konnten nur insoweit erfolgreich gewahrt werden, als die direkt in den deutschen Einigungsprozess nach Ottawa involvierten Staaten, also die Zwei-plus-Vier, sie zu ihren eigenen machten. Bei der Auswahl von sechs Beteiligten mußte der Erfolg polnischer Interventionen von einer realistischen Einschätzung der Interessenlage und mehr noch des politischen Gewichts, des Durchsetzungswillens und Durchsetzungsvermögens jedes einzelnen der am Zwei-plus-Vier-Prozeß beteiligten Staaten im Entscheidungsprozess abhängen.

Nun einige Bemerkungen zu Polens Lage im Herbst 1989. Mit der unerwarteten Bewegung in der deutschen Frage infolge der Flüchtlingsströme und mehr noch durch den Fall der Berliner Mauer im November 1989 beschleunigte sich der Auflösungsprozess der sog. Jalta-Ordnung, der von der demokratischen Opposition seit Jahren gefordert worden war und in Polen selbst innenpolitisch ja realisiert wurde. Fehleinschätzungen des eigenen Handlungsspielraums und der Interessenlagen der Hauptakteure, der Zwei-plus-Vier, die Ungereimtheiten und Widersprüchlichkeiten polnischer Politik im deutschen Vereinigungsprozess sind daraus zu erklären.

Im September 1989 hatte die Regierung Mazowiecki im Rahmen ihrer neuen Europapolitik den Umbruch in den deutsch-polnischen Beziehungen verkündet. Grundsätzlich war die neue politische Elite zu einer Wiedervereinigung Deutschlands unter westlichen Vorzeichen positiv eingestellt, die allerdings im Spätsommer 1989 noch nicht angestanden hatte. Bemerkenswert ist allerdings, daß in diesem September 1989 polnische Solidarność-Politiker, prominente Politiker wie Bronislaw Geremek und Lech Walesa, während seines Besuchs in der Bundesrepublik sich positiv zur Wiedervereinigung äußerten, zu einem Zeitpunkt, als sie von westdeutschen Politikern dazu direkt sicher nicht gefragt worden sind. Die Freundschaftsofferte von Ministerpräsident Mazowiecki richtete sich am 12. September 1989 allein an die Bundesrepublik, nicht an den direkten Nachbarn DDR. Mazowiecki plädierte für „eine echte Aussöhnung, die dem Rang der zwischen Deutschen und Franzosen bereits herbeigeführten entspräche“.

Die plötzliche Öffnung der Mauer und der fast lautlose Zusammenbruch der DDR überraschte allerdings dann in Warschau doch. Was die Überraschung und deren unterschiedliche Auswirkungen im Vergleich z. B. zu Frankreich und Großbritannien betrifft, war bestimmend, daß die westlichen Mächte in einem etablierten Setting agierten, während Polen mitten in der Umordnung war und noch keine neuen stabilen Strukturen und etablierten Bürokratien zu eigen hatte.

Der Ballast künstlich geschaffener und bisher aufrechterhaltener Freundschaften und Antagonismen wog schwer. Die Bevölkerung war verunsichert. Neue Ängste vor einem großen Deutschland speisten sich aus Erfahrungen der Vergangenheit, Stereotypen und Vorurteilen. Die neuen Politiker bewegten sich in

einem Umfeld, das ihnen die Umstellung und den Glauben an die eigenen neuen Prinzipien erschwerte. Mißtrauisch beäugt wurde die neue Regierung Mazowiecki von der SdRP, der Nachfolgepartei der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, deren Presse und der katholisch-patriotischen und nationalistischen Publizistik, die Verrat an der polnischen Staatsräson witterten. So wie Bonns Haltung in der Grenzfrage im Vereinigungsprozess stark innenpolitisch motiviert war, galt dies spiegelbildlich auch für die polnische Seite. Präsident Jaruzelski und der Präsidialapparat mit Jozef Czyrek an der Spitze, der sich schon in den fünfziger Jahren an der Berliner Militärmission mit Deutschland befaßt hatte, wachten über die konservative, das heißt: über das kommunistische Verständnis polnischer „Staatsräson“. Die Regierung Mazowiecki manövrierte sich in eine Klemme zwischen kommunistischer und nationalistischer Reaktion im Lande, Internalisierung sowjetischer Grenzgarantien und dem, was sie als deutsche Unsensibilität empfand.

Zwischen Dezember 1989 und Juli 1990 schien es so, als ob die polnische Diplomatie den Glauben an die eigene, in der Opposition entwickelte Europaphilosophie verloren hätte und Interessensicherung über Deutschland hinweg, nicht mit Deutschland suchte. Traditionelles Balance-of-Power-Denken des Nationalstaats überlagerte plötzlich wieder das eben erst apperzipierte kooperative und integrative Politikverständnis. Besonders bei Ministerpräsident Mazowiecki kamen die alten deutschlandpolitischen Ängste, Entente- und Achsenvorstellungen zum Zuge, ich erwähne nur die Besuche Mazowieckis in London, Paris und Washington.

Nun einige Bemerkungen zur polnischen Politik im Einigungsprozess – ich muß hier einiges auslassen zu der Ausgangsposition im November 1989 unmittelbar nach dem Fall der Berliner Mauer. Einen Wendepunkt in der grundsätzlich neuen positiven Deutschlandpolitik, die von der neuen Regierung formuliert worden war, stellte die Reaktion auf die Zehn-Punkte-Erklärung des Bundeskanzlers vom November dar. Dreh- und Angelpunkt der polnischen Politik im Vereinigungsprozess wurde nunmehr die Nichterwähnung des berühmten elften Punktes, also eine Aussage zur Oder-Neiße-Grenze, eben ein Verlangen nach einer Garantieerklärung über diese Grenze. Hinzu kam die Forderung nach der Berücksichtigung der Interessen der europäischen Staaten und der Abhängigmachung der Vereinigung vom Einverständnis ganz Europas. Es kam bei Skubiszewski zu einer Verhärtung des Rechtsstandpunkts und der Ablehnung pragmatischer Lösungen in der Grenzfrage bis zur Vereinigung, die bis zum 28. November noch vorausgesetzt werden konnte. Da hatte man sich auf diese Unterscheidung zwischen völkerrechtlicher und politischer Bindewirkung eingelassen. Nun aber kam man aufgrund des Fehlens des elften Punktes wieder ganz stark auf die Forderung nach völkerrechtlicher Verbindlichkeit zurück.

Seit der Konferenz von Ottawa bemühte sich die polnische Regierung auf diplomatischer Ebene um die Erreichung zweier Ziele: 1. Präsenz bei den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen und 2. eine völkerrechtlich verbindliche Grenzrege-

lung noch vor der Vereinigung. In diesem Zusammenhang wurde der sogenannte Mazowiecki-Plan vorgetragen, in dem vorgeschlagen wurde, daß Bonn und Ost-Berlin zuerst einen Grenzvertrag ausarbeiten und paraphieren und die Ratifizierung dann durch den gesamtdeutschen Souverän erfolgen solle. Darüber hinaus bemühte sich die polnische Regierung um eine weitergehende Internationalisierung des Vereinigungsprozesses. Zu erwähnen sind die Einbeziehung der Nachbarstaaten durch einen Brief Skubiszewskis an die sieben Nachbarn der beiden deutschen Staaten vom 2. März, die Forderung nach Einbeziehung der KSZE und die Intervention in Brüssel, daß die Europäische Gemeinschaft eine Wiedervereinigung Deutschlands nach Artikel 23 Grundgesetz verhindern solle. Am Ende erreichte Polen die Einladung zur Zwei-plus-Vier-Konferenz in Paris, und es erreichte weiterhin, daß am 8. März 1990 vom Bundestag ein Entschließungsantrag verabschiedet wurde, in dem eine Absichtserklärung der beiden demokratisch gewählten Parlamente nach den demokratischen Wahlen der DDR zur Oder-Neiße-Grenze angekündigt wurde. Beide Lösungen, sowohl die Zwei-plus-Vier-Lösung als auch dann der reale Gang des Zwei-plus-Vier-Prozesses bezüglich der Grenzfrage, entsprachen kaum Warschauer Vorstellungen, ganz zu schweigen von der ursprünglich geforderten Einbettung der deutschen Einheit in eine neue europäische Sicherheitsordnung. Auf den Einfluß der Regierungsbildung in der DDR nach den Wahlen, die vorsichtige Umorientierung und den allmählichen Abbau des Mißtrauens der polnischen Regierung gegenüber dem Einigungsprozess im Frühjahr 1990 nach der Äußerung Kohls vor dem Evangelischen Arbeitskreis am 25. März, dem Staatsbesuch von Weizsäckers vom 2. bis 5. Mai, der Volkskammererklärung vom 12. April und der Regierungserklärung de Maizières vom 19. April gehe ich jetzt nicht weiter ein. Auch nicht auf die besonderen Vorstellungen, die die DDR-Regierung unter ihrem neuen Außenminister, Herrn Meckel, einbrachte und die Herr Meckel sicher heute nachmittag selbst noch vortragen wird bezüglich der Oder-Neiße-Grenze, die von der polnischen Regierung begrüßt wurden und von der bundesdeutschen Position abwichen, sowie bezüglich der anderen Position zur Bündnisfrage, die von der polnischen Regierung nicht beifällig beantwortet wurde. Anfang Juli gab es noch einmal einen Winkelzug der polnischen Regierung, als Mazowiecki verlangte, daß die Souveränitätserklärung bezüglich Deutschlands als Ganzes erst nach einer Unterzeichnung eines deutsch-polnischen Grenzvertrages nach der Wiedervereinigung herausgegeben werden sollte. Erst am Vorabend der Pariser Verhandlungen konnte in einem Gespräch zwischen Genscher und Skubiszewski das Mißverständnis bezüglich der Verzögerung der Souveränitätserklärung und der polnischen Haltung dazu ausgeräumt werden. In der Bündnisfrage hatte Polen sich ebenso wie die Tschechoslowakei und Ungarn von Anfang an gegen die Neutralität Deutschlands ausgesprochen. Allerdings kam es in Bezug auf die NATO-Frage zu differenzierten Äußerungen, darauf kann ich möglicherweise dann noch in der Diskussion eingehen.

Im nachhinein erklärte einer der Vordenker der polnischen Außenpolitik in der Wendezeit, Artur Hajnicz, und das mag hier das Resümee sein, die polnische

Haltung im deutschen Vereinigungsprozess mit den inneren Verhältnissen in Polen: Mazowieckis Konzeption fand allgemeine Unterstützung im Lande. Die Polen reagierten nicht nur den tiefsitzenden Jalta-Komplex ab, sondern auch eine große Woge neuer Befürchtungen und Phobien angesichts der raschen Einigung Deutschlands. Ich zitiere: „Mit ihrem energischen Einsatz für eine Beteiligung Polens am Zwei-plus-Vier-Prozeß verschaffte die Regierung sich Rückhalt in der Bevölkerung, und zugleich zerstreute sie Befürchtungen, daß unsere Angelegenheiten wieder einmal ohne uns gegen unsere Interessen entschieden werden.“ Allerdings: „Was Polen dann im Juli auf der Pariser Zwei-plus-Vier-Sitzung erreichte, hätte man wohl auch ohne den ganzen mühsamen Einsatz erreichen können: die Teilnahme des polnischen Außenministers an einer Sitzung, auf der die Einbeziehung der Grenzfrage in die Gesamtregelung der internationalen Bedingungen der Einigung Deutschlands erklärt wurde.“

Eine allerletzte Bemerkung. Mir obliegt nicht der Vergleich der Haltung Polens mit der anderer Mächte, vor allem Großbritanniens und Frankreichs. Aber wenn man einen Schlußstrich im Vergleich dann doch zieht, wird man feststellen, daß Polen sich wacker geschlagen hat. Es hat sich weniger gegen, vor allem nicht grundsätzlich gegen die Wiedervereinigung geäußert, wie es vor allem in der britischen Haltung eine Zeitlang oder auch bei Mitterrand zum Ausdruck kam. Es hatte nur seine Schwierigkeiten mit der Realisierung dieser aufgrund der eigenen ethischen und politischen Grundprinzipien akzeptierten Wiedervereinigung. Und grundsätzlich hat es sich durch sein Verhalten die Möglichkeiten für eine strategische Partnerschaft mit Deutschland nach der Vereinigung eröffnet. Danke schön.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank Herr Bingen auch für Ihren Beitrag, der wie die anderen ebenfalls gezeigt hat, welche Rolle etwa Polen bei der Veränderung der Transformation des Handlungsspielraumes gespielt hat. Ich sage noch folgendes zum Ablauf. Wir müssen heute sehr streng die Pause einhalten, weil unsere nächsten Referenten, die Herren Botschafter Reiter und Kornblum, nur eine beschränkte Zeit hierbleiben können, und zwar bis 15:00 Uhr, so daß wir nach den beiden Beiträgen der Botschafter ab 13:05 Uhr zunächst einmal die Möglichkeit wahrnehmen, durch die Enquete-Kommission Fragen an die beiden Referenten zu stellen. Nach 15:00 Uhr werden wir dann noch die Möglichkeit haben, zu den Kurzreferaten Stellung zu nehmen, so daß wir dann abschließen können bis zur Pause um 15:50 Uhr. Ich darf Ihnen ein gutes Mittagessen wünschen und damit abbrechen.

Vorsitzender Siegfried Vergin: Darf ich Sie bitten Platz zu nehmen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe jetzt die große Freude, Herrn Botschafter Reiter, der bis vor gar nicht langer Zeit in der Bundesrepublik die Republik Polen vertreten hat, zu begrüßen. Ich freue mich, daß Sie kommen konnten, um an unserer Anhörung teilzunehmen, die unter dem Thema „Handlungsspielräume deutscher und internationaler Akteure im Vereini-

gungsprozess“ steht. Ihr Partner, der amerikanische Botschafter, ist noch nicht anwesend. Wir haben vereinbart, daß wir in diesem Fall umwechseln und Sie bitten, heute nachmittag zu beginnen. Bei uns in der Kommission ist es üblich, daß die einzelnen Phasen von Mitgliedern der Kommission geleitet werden. Ich hatte nur die offizielle Begrüßung für die Kommission insgesamt Ihnen gegenüber zu machen und das weitere Prozedere wird Herr Professor Jacobsen leiten.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Ja, meine Damen und Herren, wir wollen unsere Arbeit fortsetzen mit den beiden Beiträgen, von denen die Rede war. Ich hatte mit Herrn Reiter schon die Möglichkeit, über den einen oder anderen Aspekt kurz ein Gespräch zu führen. Es hat sich herausgestellt, in welchem hohem Maße das, was Dieter Bingen hier vorgetragen hat, wahrscheinlich auch die Zustimmung von Herrn Reiter finden wird. Aber warten wir ab, was er hier im einzelnen vortragen wird. Vielleicht könnten wir von Ihnen auch etwas hören über die Einschätzung, die dem vereinten Deutschland nun in Mitteleuropa zuteil wird, und das natürlich vor dem Hintergrund der deutsch-polnischen Erfahrung. Ich darf jetzt bitten, daß Sie zu uns reden, Herr Reiter.

Botschafter a. D. Janusz Reiter: Vielen Dank Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Ich darf erst einmal die Vermutung bestätigen, daß ich dem, was Dieter Bingen hier gesagt hat über die polnische Rolle im Vereinigungsprozess, weitgehend zustimmen kann. Ich habe Gott sei Dank ihm zuhören können, und deshalb werde ich Ihnen einiges ersparen können von dem, was er bereits vorgetragen hat. Ich will erst einmal aber beginnen mit einem Wort des Dankes für die Einladung, hier an der Sitzung teilzunehmen, und mit einem Wort der Anerkennung für die Arbeit dieser Enquete-Kommission, die ich für großartig und für wirklich besonders wertvoll halte. Ich glaube, es ist eine Gabe an die Zukunft, eine Gabe an die kommenden Generationen und vielleicht das Beste, was man tun kann, um Geschichtsfälschungen in der Zukunft und Mythologisierung von Geschichte zu verhindern. Ich glaube wirklich, das ist etwas Großartiges. Ich sage das auch mit einem gewissen Neid, denn ich vermisse eine vergleichbare Kommission, eine vergleichbare Anstrengung zur Erforschung der jüngsten Vergangenheit in Polen – und das in einem Land, das ja als besonders geschichtsbewußt und in der Geschichte verankert gilt. Es gibt nichts Vergleichbares in Polen, was ich sehr sehr bedauere.

Nun aber zu Polen und der deutschen Vereinigung. Ich muß hier auch den Vorbehalt machen, den, glaube ich, auch Dieter Bingen schon gemacht hat. Es wäre falsch und unfair, die polnische Rolle im Vereinigungsprozess nur in dem engen Zeitraum zu betrachten vom Fall oder der Öffnung der Mauer bis zum 3. Oktober 1990. Man muß die polnische Rolle und den polnischen Beitrag in einem erweiterten Zeitrahmen betrachten. Nur dann kann man, wie ich glaube, zu einem vernünftigen Urteil kommen. Und wo ansetzen, in den 80er Jahren, in der Zeit, in der in Polen zum ersten Mal eine wichtige außenpolitische Diskussion begann? Es gab ja vorher keine Außenpolitik, und auch die Solidarität